

Die Wut der Heimkinder

von Sven Weidlich

Ehemalige Insassen fühlen sich schlecht behandelt – „Hilfen viel zu bürokratisch“

In deutschen Kinderheimen herrschten bis in die 70er Jahre hinein katastrophale Zustände. Ein Millionen schwerer Fonds leistet ehemaligen Heimkindern Hilfe. Doch Betroffene äußern harsche Kritik.

Frankfurt. Jürgen Weisensell hat einen großen Teil seiner Kindheit in Heimen verbracht. Damals, in den 50er Jahren, herrschten in vielen Erziehungsheimen Zustände wie in einem Straflager. „Die Kinder waren dort für die Erzieher nichts wert“, sagt Weisensell. Er ist als Junge oft gedemütigt, geschlagen worden, und er litt an Hunger. „Samstags gab es zum Abendessen Müsli – ein wenig Haferflocken, Zucker und Milch, das war's.“

Weisensell ist damals auch als Arbeitskraft ausgebeutet worden. In Wolf an der Mosel, heute Ortsteil von Traben-Trarbach, musste er Bauern bei der Weinlese helfen. „Das war ein Knochenjob“, erzählt er. „Aber dort gab es wenigstens etwas zu essen.“ Anfang der 60er Jahre, mit 14 Jahren, konnte er wieder zu seiner Mutter ziehen, die zuvor große finanzielle Probleme und keine eigene Wohnung gehabt hatte. Damit entran er dem System der Erziehungsheime. Aber das Kapitel ist für Weisensell, inzwischen 67 Jahre alt und Rentner, noch längst nicht abgeschlossen.

Leiden unter den Folgen

Die Bundesregierung, die Bundesländer und die katholische und evangelische Kirche, die Träger von Heimen waren, erkennen das Unrecht an. Anfang 2012 haben sie für den Westen Deutschlands den Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1975“ gegründet. Es stehen Mittel in Höhe von 120 Millionen Euro bereit, gezahlt zu je einem Drittel von Bund, Ländern und Kirchen. Für Ostdeutschland gibt es einen eigenen Fonds. „Das Leid der Betroffenen hat mich zutiefst berührt“, hatte die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) gesagt, als der Fonds gegründet wurde. Die Leistungen daraus könnten nichts ungeschehen machen, aber trotzdem helfen, fügte Schröder hinzu. Betroffene hatten damals kritisiert, die finanziellen Hilfen seien zu gering.

Menschen, die früher in Heimen gelitten haben und noch unter den Folgen leiden, können bis zu 10 000 Euro erhalten, das meiste davon als Sachleistungen. Therapien können von dem Geld genauso bezahlt werden wie altersgerechtes Mobiliar oder Kuren. Außerdem gibt es für diejenigen, die vom 14. Lebensjahr an arbeiten mussten, Rentenersatzansprüche.

Das ehemalige Heimkind Weisensell erkennt diese Geste an. Was ihn aber wütend macht, ist die „schikanöse Bürokratie“, welche die Antragsteller über sich ergehen lassen müssten. „Sie wurden als Kinder in den Heimen gedemütigt und werden es jetzt erneut. Diejenigen, die früher geschunden wurden, werden weiter geschunden.“

Weisensell ist mit drei anderen Betroffenen in einem Beirat aktiv, der das Familienministerium in Rheinland-Pfalz berät. Möglichst unbürokratisch sollten die Leistungen gewährt werden, habe es am Anfang geheißen, erzählt er. Doch Sachbearbeiter bestünden darauf, dass Betroffene über die schrecklichen Ereignisse von damals detailliert berichten. Insgesamt gebe es den Betroffenen gegenüber wenig Einfühlungsvermögen. „Wer eine labile Psyche hat, erlebt alles wieder neu und ist wieder traumatisiert“, sagt Weisensell. „Ein Bekannter, der ebenfalls im Kinderheim war, sagte zu mir: ‚Hätte ich das vorher gewusst, hätte ich keinen Antrag gestellt.‘“ Den Papierkrieg mit der zuständigen Behörde empfänden Betroffene als Schikane.

Am Existenzminimum

Ein weiterer Kritikpunkt: Bis es Geld gebe, vergingen Monate. „Das ist für diejenigen schlimm, die eine große Summe nicht vorfinanzieren können. Viele der Heimkinder von damals leben heute am Existenzminimum und sind psychisch krank.“ Selbst bei dem „vereinfachten Verfahren“ ohne gesonderte Prüfung, bei dem Betroffene insgesamt 3000 Euro bekommen können, dauere es sechs Monate, bis das Geld ausgezahlt würde. Zuständig ist die Geschäftsstelle „Fonds Heimerziehung“ in Köln.

Weisensell hilft vielen Betroffenen und kennt deren Nöte. Er erzählt: „Wenn jemand sich wegen Rückenbeschwerden ein neues Bett bestellen will, dann verlangt das Amt eine verbindliche Bestellung, aber das Geld gibt es erst Monate später. Das schafft in Möbelhäusern Probleme.“ Denn die Unternehmen wollten nicht so lange auf das Geld warten. „Und Betroffene wollen sich auch nicht unbedingt als ehemalige Heimkinder outen“, sagt Weisensell.

Laut Schätzungen gab es bis zu 800 000 Minderjährige, die im Westen zwischen 1949 und 1975 in Heimen lebten. Knapp 8500 ehemalige Betroffene hätten sich bislang registriert, um Hilfen zu bekommen, heißt es im zuständigen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weisensell hält diese Zahl für gering. „Viele Betroffene wissen gar nichts von dem Angebot, weil nicht genügend Werbung gemacht wird in Sozialeinrichtungen, Seniorenheimen oder auch in Haftanstalten“, moniert er. Bis Ende des Jahres müssen Betroffene sich bei den Beratungsstellen gemeldet haben, um Leistungen zu erhalten. Dann läuft die Frist ab.

Zu den Vorwürfen einer überbordenden Bürokratie, sagte der Sprecher des Ministeriums, Michael Stahl: „Dieses Verfahren ist notwendig, da die Mittel des Fonds aus öffentlichen Geldern zur Verfügung gestellt werden und im öffentlichen Interesse darauf zu achten ist, dass mit diesen verantwortungsvoll

umgegangen wird.“ Zu den Verspätungen komme es durch den „großen Zuspruch“ von Betroffenen, sie seien unvermeidbar.

Laut Stahls Angaben sind aus dem Fonds bislang 66,4 Millionen Euro an Betroffene ausgezahlt worden, es stehen also noch reichlich Mittel zur Verfügung. Experten gehen gleichwohl davon aus, dass das Geld letztlich nicht reichen wird. Die Regierung in Bayern hat sich schon bereiterklärt, weitere 6,5 Millionen Euro beizusteuern – aber nur, wenn auch die anderen Länder mitziehen.

Jürgen Weisensell ist auch über diese Hängepartie erbost. Er sagt: „Jemand, der nicht in einem Heim war, kann nicht nachvollziehen, was wir dort erlebt haben.“

Artikel vom 08.08.2014, 03:30 Uhr (letzte Änderung 08.08.2014, 15:14 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/nachrichten/politik/Die-Wut-der-Heimkinder;art673,975698>

© 2016 Frankfurter Neue Presse